Calwer Tagblatt

Nr. 106 — Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. — 98. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 150 Mk., Familienanzeigen 100 Mk., Reklamen 400 Mk. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %. — Fernspr. 9.

Dienstag, den 8. Mai 1923.

Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 3000 Mk. monatlich. Postbezugspreis 3000 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 120 Mk. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Berliner Presse aller Richtungen erklärt zu der ablehnenden Antwort Frankreichs, daß der passive Widerstand nicht aufgegeben werde. Die Linkspresse will zwischen den Zeilen doch die Neigung heraussehen, ein neues Angebot Deutschlands zu behandeln. Natürlich, wenn wir genügend bieten!

*

Die Haltung Englands bleibt dieselbe wie bisher. Auf der einen Seite wird die Ablehnung durch Frankreich „kritisiert", auf der andern Seite erklärt man das deutsche Angebot für ungenügend. Es heißt, England wolle jetzt, nachdem Frankreich wieder gesondert vorgegangen sei, selbst eine Antwort an Deutschland abgehen lassen, im Sinne einer Vermittlungsaktion. Wir haben durch die sog. englische Vermittlungstätigkeit uns seit Jahren nun schon so viele schwere Enttäuschungen geholt, daß wir gut tun werden, uns mit Frankreich allein auseinanderzusetzen, und uns vor allem nicht durch englische Taktik in Illusionen treiben zu lassen, aus denen das Erwachen noch schlimmer ist, als wenn wir der Wirklichkeit des französischen Gewaltsystems ruhig und fest ins Auge sehen.

*

Der württ. Minister des Innern, Graf, ist nach längerem Leiden gestorben.

Nach der Ablehnung des deutschen Angebots.

Die Berliner Presse zur französisch-belgischen Antwortnote.

Berlin, 7. Mai. Die Antwort, die Poincaré namens Frankreichs und Belgiens auf die deutschen Reparationsvorschläge erteilte, wird von den Blättern eine reine Propagandaschrift genannt, die in jeder Zeile die Absicht zeige, auf die öffentliche Meinung der Welt zu wirken. **Die Forderung Poincarés nach Aufgabe des passiven Widerstands im Ruhrgebiet wird von der gesamten Presse als unerfüllbar bezeichnet.** Der „Berliner Lokalanzeiger" betont, daß der französische Einbruch in das Ruhrgebiet nicht nur den Vertrag von Versailles, sondern auch das Völkerrecht verletzt habe und deshalb Deutschland auch das Recht und die Pflicht habe, den passiven Widerstand fortzusetzen. — Die „Germania" schreibt: Der passive Widerstand ist der Ausdruck des Volkswillens, und wenn, wie Poincaré behauptet, die beiden Einbruchsmächte sofort die Zusammenarbeit zwischen den deutschen Industriellen, Ingenieuren und Arbeitern und den Verbündeten wünschen, so wäre die Vorbedingung, daß sie den Willen der Bevölkerung respektieren. Die Debatte über mögliche Modalitäten dieses Widerstandes könnte also nur in völligem Einverständnis mit der Ruhrbevölkerung geführt werden. — Das „Berliner Tageblatt" fordert eine Verstärkung des passiven Widerstandes. Die bewundernswürdige Ruhrbevölkerung müsse noch mehr als bisher die allgemeine tatkräftige Unterstützung fühlen können und dies sei gerade dann nötig, wenn man zu Verhandlungen kommen wolle. Von dieser Ansicht vermöchten uns weder Drohungen noch freundliche Mahnungen abzubringen. — Der „Vorwärts" sagt: Das ganze deutsche Volk erblickt in der Besetzung des Ruhrgebiets ein Verbrechen wider das Volksrecht, ein mitten im Frieden verübtes gewalttätiges Unrecht, das so rasch wie möglich wieder beseitigt werden muß. Sollte die französische Note besagen, daß die Verhandlungen erst beginnen sollen, wenn sich der letzte Deutsche den Befehlen der widerrechtlichen Gewalthaber willig füge, so wären Verhandlungen überhaupt niemals möglich. Da aber Verhandlungen notwendig sind, wird ein Weg gefunden werden müssen, um diese Schwierigkeit zu beseitigen. — Die „Vossische Zeitung" erblickt darin, daß Poincaré die Unannehmbarkeit des deutschen Angebots durch sehr eingehende Darlegungen begründet, die Absicht, die Akten nicht schließen zu wollen, sondern einen neuen Schriftsatz zu erwarten. Er wolle weiter diskutieren und das sei die Hauptsache.

Keine Regierungskrisis in Berlin.

Berlin, 7. Mai. Zu der in einem Teil der franz. Presse enthaltenen Darstellung, wonach in Deutschland eine Regierungskrise unvermeidlich sei, stellt das Organ der Deutschen Volkspartei, die „Zeit", fest: **Sämtliche Parteien der deutschen Volksvertretung sind darin mit der Regierung einverstanden, daß wir den passiven Widerstand nicht aufgeben dürfen und daß wir jede Vergewaltigung durch ein Diktat unbedingt ablehnen müssen.** Es ist also nicht der geringste Grund vorhanden, an einen Regierungswechsel zu denken. Es ist auch keineswegs in Aussicht genommen, an dem Bestande des Kabinetts Cuno irgend etwas zu ändern. Das Kabinett Cuno stützt sich auf eine parlamentarische Einheitsfront, in die alle Parteien von den Deutschnationalen bis einschließlich der Sozialisten einbegriffen sind.

Frankreich „entschuldigt" sich bei England wegen der Sonderantwort auf das deutsche Angebot.

London, 7. Mai. Der „Sunday Times" zufolge empfing Lord Curzon gestern im Foreign Office die Botschafter Frankreichs und Belgiens. Bei der dabei erfolgten formellen Ueberreichung des Wortlauts der französischen und belgischen Antwort sei der französische Standpunkt bezüglich der Art der Antwort dargelegt worden, in der die Antwort an Deutschland beschlossen wurde, und von seiten Poincares sei zum Ausdruck gebracht worden, daß er es vorgezogen hätte, daß die Antwort an Deutschland die Gestalt eine Kollektivnote der Alliierten angenommen hätte, daß diese aber unmöglich gewesen sei infolge der Forderung der franz. Oeffentlichkeit (?) und der Ansicht des Parlaments, daß das deutsche Angebot sofort abzulehnen sei. Lord Curzon wurde die Versicherung gegeben, daß, **wenn in Zukunft Deutschland ein Angebot mache, das in irgend einer Weise als Erörterungsgrundlage angesehen werden könne, Poincare bereit sein würde, es gemeinsam mit allen Alliierten zu erwägen.**

Eine neue Hetzrede des französischen Kriegsministers.

Paris, 7. Mai. Kriegsminister Maginot erklärte gestern in Arcachon bei einer Veranstaltung der Kriegervereine: Wir werden unsere Umklammerung nur lockern, wenn Deutschland seinen Widerstand beendet. Wir werden mit seiner Regierung nur in Verhandlungen eintreten, wenn sie uns seriöse Vorschläge unterbreitet. Wir werden — Deutschland muß davon überzeugt sein und die Welt muß es wissen — keine Vorschläge annehmen, die in einer neuen Verringerung unserer Forderungen bestehen und die nicht die Garantie sichern, auf die man bei einem Volk wie den Deutschen (!) nicht verzichten kann. Aber um einen derartigen Kampf durchzuführen, muß die französische Regierung fühlen, daß sie das Land hinter sich hat; die Nation muß ihr Vertrauen schenken.

Reuter über die Tendenz der bevorstehenden englischen Antwortnote.

London, 7. Mai. Heute vormittag fand unter dem Vorsitz Lord Curzons in der Downing Street eine Kabinettsitzung statt, in der dem Vernehmen nach die deutsche Note, die französisch-belgische Antwort, sowie die Antwort der britischen Regierung erwogen wurden. Reuter erfährt von gut unterrichteter Seite, daß die britische Regierung wahrscheinlich beschließen werde, dem Beispiel Frankreichs zu folgen und eine Separatnote an die deutsche Regierung zu senden. Diese Note werde zunächst klar machen, daß das deutsche Angebot unbefriedigend und unzulänglich sei, jedoch trotzdem nicht in der Art einer Ablehnung abgefaßt sein, sondern **versuchen, die Wiedereröffnung von Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten zur Regelung der augenblicklichen unbefriedigenden Lage möglich zu machen.** Wie verlautet, wird die britische Antwort auf das deutsche Reparationsangebot etwa **Mitte der Woche** abgesandt werden. Das deutsche Angebot wird in britischen Kreisen als der Ausgangspunkt für Verhandlungen, jedoch nicht als Verhandlungsgrundlage angesehen. **Die italienische Ansicht ist, wie angenommen wird, die gleiche.** Nach britischer Ansicht bedeutet die französische Antwortnote an Deutschland kein Zuschlagen der Türe. Es wird von britischer Seite der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß Deutschland die Antwortnoten Englands und Italiens abwartet und dann den Alliierten ein abgeändertes Angebot unterbreitet.

Amerika gibt keine Antwort auf das deutsche Angebot.

Newyork, 7. Mai. Durch Funkspruch. „Newyork World" meldet aus Washington: Während das Staatsdepartement ankündigte, daß es das deutsche Reparationsangebot nicht beantworten werde, erklärte Senator Borah, die Regierung solle bei Frankreich wegen seiner kompromißfeindlichen Haltung Einspruch erheben. Borah sagte weiter, er wünsche, daß die Ver. Staaten die Alliierten gegen die franz. Ruhrpolitik kräftig unterstützten.

Die französische Gewaltpolitik.

Offene Beraubung der Düsseldorfer Stadtkasse.

Düsseldorf, 5. Mai. Heute vormittag erschienen im Rathause, wie die „Düsseldorfer Nachrichten" melden, französische Beamte, um die der Stadt Düsseldorf für verschiedene Sabotageakte auferlegte Geldbuße von 50 Millionen Mark zu requirieren. Die Bezahlung wurde von der Stadt verweigert. **Darauf entnahmen die Franzosen unter dem Protest der städtischen Beamten das Geld aus dem Kassenschrank der Stadthauptkasse.**

Dauernde Herausforderungshandlungen der Franzosen.

Mannheim, 7. Mai. Zwei franz. Soldaten, die heute nachmittag im unbesetzten Stadtinnern angetroffen wurden, sind von zwei Polizeibeamten festgenommen und nach der Polizeiwache verbracht worden. Von dort wurden die beiden Franzosen nach der Polizeidirektion verbracht, von wo sie nach einem Verhör in das besetzte Gebiet abgeschoben wurden. Es war 10 Minuten nach der Festnahme, **als ein französischer Offizier mit 6 bewaffneten Soldaten auf der betreffenden Wache erschien.** Er forderte die Freigabe der franz. Soldaten. Er gab sich mit der Erklärung, daß die Verhafteten der Polizeidirektion vorgeführt und alsdann nach dem besetzten Gebiet verbracht worden seien, zufrieden und zog mit seiner Mannschaft ab.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Berlin, 7. Mai. Nach einer Blättermeldung aus Koblenz ist der als Sonderbündler bekannte Klempnermeister Nikolai aus dem Koblenzer Leseverein, einer großen katholischen Vereinigung, ausgeschlossen worden. Die französische Besatzungsbehörde, an die sich Nikolai wandte, zwang den Verein unter Androhung der Verhaftung des Vorsitzenden und der Auflösung, Nikolai wieder aufzunehmen.

Köln, 7. Mai. Die Franzosen verlangen, daß der Wald beiderseits der Strecke Jünkerath-Gall auf 40 Meter abgeholzt werde. — In Altkirchen finden zur Zeit 20 Ausweisungen von Eisenbahnerfamilien statt, von denen 600 bis 700 Personen betroffen werden dürften. — Am 3. Mai sind bei Blankenheim zwei Züge zusammengestoßen.

Frankreichs Ruhrpolitik am Weltpranger.

Zürich, 5. Mai. In der „Neuen Züricher Zeitung" in Bern berichtet Professor K. Sattler-Winterthur über seine Eindrücke im Ruhrgebiet. Er sagt u. a.: Zeitungsberichte hatten mich darauf vorbereitet, daß da unten vieles vor sich gehe, was im Interesse des Glaubens an den fortschreitenden Sinn für Menschlichkeit und Gerechtigkeit hätte unterbleiben sollen. Der Beobachter im Gebiet selber sieht und erfährt aber **Leiden, wie sie einer friedlichen Bevölkerung außer in Kriegszeiten kaum je auferlegt worden sind,** will er nicht irre daran werden, im „Frieden" zu leben. An offenen Widerstand denkt das Volk nicht. Würden aber die Arbeiter am Verdienst gehindert, ihre Verpflegung verunmöglicht, so müßten gerade beim Charakter des Westfalen furchtbare Ereignisse erwartet werden, die in ihren Folgen unabsehbar wären. Es ist vom Standpunkt des Weltfriedens aus ein furchtbares Verhängnis, daß die Okkupation gerade in jene Bevölkerungskreise Deutschlands einen unüberbrückbaren Völkerhaß pflanzt, welche sonst ihrer politischen Einstellung nach am ehesten dafür gebürgt hätten, weitere kriegerische Ereignisse zu verunmöglichen.

Kolbenhiebe und Faustschläge.

Berlin, 3. Mai. Der Betriebs-Assistent Julius Löhl aus Walsum gibt folgendes amtlich zu Protokoll: Als ich am 25. 2. gegen 5 ½ Uhr morgens mit der Straßenbahn zu meiner Arbeitsstätte nach Bruckhausen fahren wollte, las ich an einem elektrischen Mast ein Flugblatt, das unzweifelhaft von Franzosen bezw. Belgiern angeschlagen war und verletzende Bemerkungen über Deutschland enthielt. Aus Aerger hierüber riß ich das Flugblatt ab. Kaum hatte ich dies getan, als ein belgischer Posten mit aufgepfanztem Gewehr, der sich versteckt gehalten hatte, auf mich zusprang und mich verhaftete. Auf dem Wege schlug er mich andauernd mit dem Kolben in den Rücken und in den Nacken. In der Befürchtung, daß mich der Posten mit seinem Kolben erschlagen würde, nahm ich an der Hindenburgstraße Reißaus. Die Flucht wäre mir auch gelungen, wenn ich nicht infolge der Aufregung eine Herzschwäche bekommen hätte und nicht mehr laufen konnte. Der Posten sandte 3 Schüsse nach; zwei durchlöcherten meinen Mantel, der dritte ging haarscharf an meinem rechten Ohr vorbei. Auf einem Acker blieb ich liegen und wurde da von dem Posten und noch anderen belgischen Soldaten, die infolge des Schießens zusammengelaufen waren, erneut verhaftet, geschlagen, gestoßen und getreten. Man schaffte mich zur Hauptwache, wo ich bis gegen 12 Uhr mittags verbleiben mußte. Gegen 8 Uhr morgens kam der Posten, der mich zuerst verhaftet hatte, in das Wachtlokal und stieß mich mit der Faust wiederholt ins

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Gesicht. Um 12 Uhr wurde ich vor den Kommandanten geführt, der mich in Gegenwart des Postens vernahm und dann wieder entließ. Er sagte mir, ich müsse vormittags bis 1 Uhr zu Hause bleiben und weitere Befehle abwarten.

Tartarin in Bochum.

Aus Bochum wird uns folgendes echt französische Harlekinstückchen berichtet: Wie immer, so war auch in der Nacht vom letzten Samstag auf Sonntag von emsigen Händen eine rege Propagandatätigkeit entfaltet worden. Wände, Zäune, Schaufenster, Litfaßsäulen und alle möglichen und unmöglichen Stellen prangten im Schmuck der farbigen Plakate. Freund wie Feind war eifrig tätig gewesen. Die feindlichen Lügennachrichten und Pamphlete waren trotz der größtenteils davor aufgestellten Posten und leider zahlreichen französischen Spitzel in Zivil, im Handumdrehen mit den grellfarbigen, zutreffenden Zetteln „alles Schwindel" versehen worden. Das zahlreiche Publikum, welches den schönen Sonntagvormittag zu eifrigem Spazierengehen ausnutzte, las mit großem Interesse die verschiedenen Auslegungen. Gerade um die Mittagsstunde, als der Betrieb am größten war, hörte man von fern den eiligen Gleichschritt französischer Truppen und dem erstaunten Sonntagsvormittagspublikum bot sich folgendes eigenartige Bild: Vornweg ein großer französischer Offizier, der mit einem Stöckchen bald nach rechts, bald nach links die Luft durchstach. Er war beiderseits von schwerbewaffneten Bajonetträgern geschützt. Dahinter folgten in harlekinmäßigem Anzug zwei französische Soldaten, die an einer langen Stange einen großen Kessel Teer trugen. Diesen schlossen sich in gleichem Aufzuge zwei mit Besen bewaffnete, todesmutige Poilus an. Hinterher kam die mit Bajonett, Handgranaten, Maschinengewehren bespickte Kompagnie, reichlich mit Offizieren umsäumt. Das staunende Publikum sollte bald des Rätsels Lösung sehen. Auf jeden Wink des vorwegmarschierenden Offiziers spritzten die Besenträger mit ihren teergetränkten Bewaffnungen an die Häuser, überstrichen die Flugblätter und dekorierten so Bochum mit zahlreichen Ehrenmalen. Notgehorchend mußten auf solche Art auch die eigenen Geistesprodukte der Bedrücker, die so schön überklebt waren, daran glauben. Das Vergnügen des Publikums stieg, als auf den frischen Teerflecken prompt hinter den Franzosen her neue Flugblätter klebten, denn billigeren und besseren Leim konnte es ja nicht geben. Die Gesichter der Franzosen waren noch wütender, als der Trupp eine Stunde später das gleiche Schauspiel geben mußte.

So sorgen die französischen Truppen dafür, daß in dem erbitterten Kampf an der Ruhr auch ab und zu der schwerleidenden Bevölkerung eine Aufheiterung zuteil wird.

Der Prozeß gegen die Kruppdirektoren.

Werden, 5. Mai. (Wolff.) Im weiteren Verlauf des Prozesses wird eine Reihe französischer Soldaten vernommen, die am 31. März sich mit der französischen Truppe in der Autogarage befanden. Sie bestätigen im wesentlichen die von der französischen Anklage aufgestellte Behauptung über die Haltung der Menge gegenüber den Soldaten. Verschiedene Arbeiter seien mit Holzblöcken und anderen Gerätschaften versehen gewesen. Ein Korporal behauptet mit Bestimmtheit, in den Händen eines Arbeiters einen Parabellumrevolver gesehen zu haben, kurz bevor der Feuerbefehl erteilt worden sei, und zwar habe dieser Mann unmittelbar hinter dem Betriebsratsmitglied Müller gestanden, nachdem Müller von dem Rücken des Arbeiters aus zu der Menge gesprochen hatte. Ueber diesen Punkt befragt, erklärte Müller, daß dies sicher der Mann sei, von dem er schon in seiner Aussage gesprochen habe. Der Mann habe zunächst in erster Reihe gestanden, sei aber dann durch ihn und Sander in die zweite oder dritte Reihe zurückgestoßen worden. Ob es ein Parabellumrevolver gewesen sei, wisse er nicht, es sei aber ein altes, verrostetes Ding gewesen. Im Anschluß an diesen Zwischenfall mit dem Parabellumrevolver wurde noch Direktor Oesterle befragt, ob bei Krupp irgendwelche Revolver hergestellt würden, was dieser aber mit aller Entschiedenheit energisch verneinte. Die Firma Krupp stelle keinerlei Revolver her, habe auch nie welche fabriziert. Als letzter Belastungszeuge trat heute vormittag ein gewisser Snowden auf, der sich in einem Auto befand, das am 31. März in der Altendorferstraße von der erregten Meng angehalten und umgestürzt wurde. Er ist nach seiner Aussage von der Arbeiterschaft beschimpft und mißhandelt worden. Er muß aber zugeben, daß er schließlich durch das tatkräftige Eingreifen der Kruppschen Feuerwehr vor weiteren Belästigungen bewahrt worden ist. Die Feuerwehr habe in jeder Beziehung beruhigend auf die Menge einzuwirken versucht und durch Spalierbildung gegen die Massen ihn vor weiterer Gefährdung bewahrt. Der Zeuge will auch ein Gespräch zweier Arbeiter ziemlich unmittelbar nach dem Vorgang gehört haben. Sie hätten erklärt, der französische Offizier habe zunächst eine Salve in die Luft abgeben lassen und zwischen diesen Schreckschüssen und der nächsten scharfen Salve hätten die Arbeiter Zeit genug gehabt, an den Truppen vorbei sich in Sicherheit zu bringen. (!) Bei der Vernehmung dieses Zeugen kommt noch die Tatsache zur Sprache, daß unmittelbar nach dem Abzug der Franzosen vom Verwaltungsgebäude aus Flugblätter in die Menge geworfen wurde. Krupp v. Bohlen, der diese Dinge beobachtete, machte sofort den Direktor Hartwig darauf aufmerksam und bat ihn, doch dafür zu sorgen, daß dieser Unsinn sofort eingestellt werde. Hartwig gab auch sofort den Befehl, durch Inspektion sämtlicher Zimmer des Verwaltungsgebäudes dem Unfug ein Ende zu machen und hat selbst einem jungen Mann, der Flugblätter verteilte, die weitere Verbreitung untersagt. — Zehn Minuten nach 12 Uhr wurde die Weiterverhandlung auf 2 Uhr nachmittags vertagt.

Deutschland.

Reichstag.

Berlin, 5. Mai. In der heutigen Sitzung des Reichstags fand zunächst der Gesetzentwurf betreffend die Festsetzung eines Mindestbetrags des Grundkapitals von Aktien- und Kommanditgesellschaften auf die Summe von fünf Millionen Mark endgültige Annahme. Auch der Entwurf betreffend die Aenderung des Genossenschaftsgesetzes wurde angenommen, wodurch den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften der Anschluß an andere Gesellschaften erleichtert wird. Der Gesetzentwurf über die Anpassung der Dienst-Geldstrafen an die Geldentwertung wurde vom Hause gleichfalls angenommen. Hierauf begann die Einzelberatung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums. Dabei verlangte Abg. Giebel (Soz.) eine stärkere Zentralisation des Krankenkassenwesens. Abg. Esser (Ztr.) unterstützte eine Entschließung des Ausschusses, die die gesetzliche Regelung der Ausbildung von Jugendlichen fordert, lehnte dagegen die Einbeziehung der Lehrlinge in Tarifverträge und die Bezahlung der Fortbildungsschulzeit an Jugendliche durch die Arbeitgeber ab. Abgeordnete Frau Bohm-Schuch (Soz.) polemisierte gegen diese Haltung des Zentrums, die mit der Forderung der Jugendorganisation des Zentrums im Widerspruch stehe. Nachdem Abgeordneter Thiel (D. Volksp.) sich gegen die Ausschußentschließung ausgesprochen hatte, wurde der Teil der Entschließung, der die gesetzliche Regelung der Berufsausbildung fordert, angenommen, während die übrigen Teile (Einbeziehung der Lehrlinge in die Tarifverträge und Bezahlung der Fortbildungsschulzeit an den sozialpolitischen Ausschuß verwiesen wurden. Eine längere Debatte entspann sich über einen Antrag des Ausschusses, die Beiträge zum internationalen Arbeitsamt in Genf von 74 Millionen, wie die Regierung vorgeschlagen hatte, auf 50 Millionen herabzusetzen. Schließlich würde ein sozialdemokratischer Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage angenommen. Nachdem noch eine von dem Abg. Brey (Soz.) begründete Entschließung angenommen worden war, worin eine Entschädigung für Arbeiter verlangt wird, die infolge von Betriebsgefahren erkranken oder Berufskrankheiten erleiden, wurde die Weiterberatung des Etats auf Montag nachmittag 2 Uhr vertagt. Außerdem Interpellation betreffend die Auflösung der Deutsch-völkischen Freiheitspartei.

Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Maigehälter.

Berlin, 7. Mai. Das Reichsfinanzministerium hat die Spitzengewerkschaften der Reichsarbeiter und -Beamten für Mittwoch zu einer Besprechung über die im Mai zu zahlenden Gehälter und Löhne eingeladen.

Der Wert der deutschen Silbermünzen.

Berlin, 7. Mai. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und die Post erfolgt vom 7. Mai ab bis auf weiteres zum 2000fachen Betrag des Nennwerts.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 8. Mai 1923.

Der evangelische Volksbund Bezirk Calw

hielt am Sonntag, den 6. Mai, im Vereinshaus in Calw seine Frühjahrs-Vertreterversammlung. Vertreten waren 8 Ortsgruppen durch 28 Mitglieder. Der Bezirksvorsitzende erstattete nach einer religiösen Ansprache über die Tageslosung Bericht über die Verhandlungen der Landesversammlung am 3. und 4. April. Er verweilte besonders bei dem Referat des Geschäftsführers Pfisterer über die Notlage der christlichen Presse (starker Rückgang der Leserzahl, Eingehen vieler Gemeindeblätter). Professor D. Mirbe-Göttingen sagt hierzu: „Stirbt die christliche Presse dahin, was dann? Es geht um unsre evangelische Kirche. Wer sie lieb hat, wird wissen, was die Stunde von ihm fordert." Es sollen Geldgaben gesammelt werden, aber auch um unverzinsliche oder zu 5 Prozent verzinsliche Anleihen von mindestens 10 000 ℳ geworben werden. Die Ortsgruppenvorstände sind gern bereit, Gaben und Anlehen zu vermitteln. Mit großem Interesse wurde auch der Bericht über die Tätigkeit der lebendigen Ortsgruppen des Bezirks im letzten Winter entgegengenommen, der allerlei Anregungen gab. Schließlich wurde noch über das heurige Bezirksfest beraten. Es soll am Sonntag, den 3. Juni, in Calw als Werbefest stattfinden, bei ungünstigem Wetter in der Stadtkirche in Calw. Genaueres wird nach Feststellung des Programms und Gewinnung der Redner mitgeteilt. Nach einigen herzlichen Abschiedsworten dankbarer Anerkennung für den scheidenden Bezirksvorsitzenden durch Herrn Obersekretär Koch-Hirsau wurden die fruchtbaren Verhandlungen mit Gebet und Gesang geschlossen.

Wetter für Mittwoch und Donnerstag.

Noch immer steht ein kräftiger Hochdruck im Osten, ebenso wie flache Lufteinsenkungen über Süddeutschland bestehen bleiben. Am Mittwoch und Donnerstag ist deshalb warmes, vorherrschend trockenes, aber strichweise gewittriges Wetter zu erwarten.

Der Rhein, Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze. Frankreich will es anders. Verhindert seine Absichten, indem Ihr weiter gebt zum Deutschen Volksopfer.

Sammelstellen in Calw: Calwer Tagblatt, Lederstraße; Kaufmann Dreiß und Kaufmann Räuchle, Marktplatz; Kaufmann Serva, Lederstraße; Oberamtspflege Calw; sowie Kassenstelle der Vereinigten Deckenfabriken.

Minister Graf †

(SCB) **Stuttgart**, 7. Mai. Minister des Innern Eugen Graf ist heute nachmittag halb 3 Uhr im Marienhospital im 51. Lebensjahr gestorben. Er hatte heute vormittag nochmals die Sterbesakramente empfangen. Minister Graf war schon seit langer Zeit ans Krankenlager gefesselt. In eingeweihten Kreisen wußte man, daß mit einer Wiederherstellung seiner Gesundheit trotz sorgsamster Pflege und Behandlung seit geraumer Zeit nicht mehr zu rechnen war. Mit ihm ist ein Mann aus dem Leben geschieden, der seinem Lande, namentlich in seiner letzten Eigenschaft als Minister des Innern an verantwortungsvoller Stelle in politisch äußerst bewegten Zeiten ganz hervorragende Dienste geleistet hat. Aus der Laufbahn des mittleren Postbeamten hervorgegangen, betätigte sich Graf politisch zunächst im Windthorstbund. Im Februar 1907 trat er dann als Proporzabgeordneter des Zentrums im ersten Landtagswahlkreis in den Landtag ein. 1913 wurde er als Abgeordneter von Biberach gewählt. Durch sein temperamentvolles Wesen wußte sich Graf als Abgeordneter alsbald Beachtung zu verschaffen. Er gehörte einer Reihe von Landtagsausschüssen an, war insbesondere langjähriger Berichterstatter über wichtige Teile des Staatshaushaltplanes für Eisenbahnwünsche u. a. und entfaltete dabei außerordentliche Rührigkeit. Im Weltkrieg, in dessen Verlauf Graf das einzige Kind, einen hoffnungsvollen Sohn, dem Vaterlande opferte, war er bei der Feldpost in Polen beschäftigt, wo er das Eiserne Kreuz erwarb. Am 29. Oktober 1919 übernahm Graf das Ernährungsministerium. In diesem dornenvollen Amte hatte er die schwierige Aufgabe zu lösen, den Uebergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, vor allem auch den Abbau der Zwangswirtschaft zu bewerkstelligen. Am 30. Juni 1920 trat Graf an die Spitze des Ministeriums des Innern, wo es galt, die letzten Wogen der Revolution zu glätten und die innere Ruhe und Ordnung mit fester Hand sicherzustellen. Beim Steuerstreik zeigte er die Eigenschaften, durch die er sich besonders auszeichnete, nämlich Tatkraft, Zähigkeit, Entschlossenheit und Verantwortungswille. Die Verstaatlichung der Polizei, die namhafte Förderung der Vorarbeiten für den Neckarkanal, ferner große Fortschritte auf dem Gebiet der Elektrizitätsversorgung des Landes, sowie gesetzgeberische Maßnahmen im Wohnungswesen gehören gleichfalls zu seinen Verdiensten, deren größtes, Ruhe und Ordnung im Lande wiederhergestellt zu haben, von jedem aufrichtgesinnten Vaterlandsfreund an seinem Sterbelager dankbar anerkannt werden muß. Minister Graf gehörte auch viele Jahre dem Stuttgarter Gemeinderat an und wer Einblick in die charitativen Bestrebungen gewann, weiß, daß er nie kargte, wo es galt, Not und Leid zu steuern.

(SCB) **Stuttgart**, 7. Mai. Die Beerdigung des heute nachmittag verstorbenen Ministers des Innern Graf findet, wie wir erfahren, am **Mittwoch**, den 9. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Pragfriedhofs aus statt.

Tagung der Deutschen Volkspartei.

(SCB.) **Stuttgart**, 7. Mai. Der Landesausschuß der Deutschen Volkspartei in Württemberg ist zusammengetreten, um zu der politischen Lage und zur Haltung der Partei im Reich dieser gegenüber Stellung zu nehmen. Zunächst aber war die satzungsmäßige Neubildung der Parteileitung erfolgt, die die einstimmige Wiederwahl des seitherigen Landesvorsitzenden, Abg. Bickes, und seiner Stellvertreter, Rechtsanwalt Stotz-Stuttgart, Abg. Roßmann-Ulm und Frau Hayd-Stuttgart zum Ergebnis hatte. Ueber die politische Lage sprach Abg. Bickes. Sie wird von dem am letzten Mittwoch hinausgegangenen deutschen Angebot beherrscht. **Die Frage, ob das Vorgehen der Reichsregierung notwendig war, sei entschieden zu bejahen, während die zweite Frage, ob dieses Vorgehen auf das Drängen der Sozialdemokratie zurückzuführen sei, ebenso bestimmt verneint werden müsse.** Die Rücksicht auf die Stimmung im Einbruchsgebiet und das Bestreben, die erfreulicherweise immer noch unveränderte Widerstandskraft zu festigen, mußte zu diesem Schritt veranlassen. Daneben wurde der ganzen Welt wieder einmal mit eindringlicher Deutlichkeit zum Bewußtsein gebracht, daß das feindliche Gerede vom schlechten Willen Deutschlands eitel Lug und Trug ist, daß vielmehr Deutschland bereit ist, bis an die äußerste Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen, schon deshalb, um so bald als möglich von den feindlichen Fesseln, die auf die Dauer nicht zu ertragen wären, frei zu werden. **Ganz unverantwortlich sei es, das deutsche Vorgehen mit der verhängnisvollen Friedensresolution von 1917 irgendwie zu vergleichen.** Wenn man auch von vornherein mit einer Ablehnung Frankreichs rechnen mußte, so wird die deutsche Note, wenn nicht alles täuscht, die übrige Welt doch dazu zwingen, wieder einmal in eine Besprechung des sogenannten Reparationsproblems einzutreten, von dessen Lösung letzten Endes doch nicht nur das deutsche Schicksal abhängt. **Unbegründet und demagogisch sei die häßliche Hetze, die jetzt gegen die Deutsche Volkspartei und ihren Führer Stresemann eingesetzt habe,** den man, vielfach gegen besseres Wissen, in Gegensatz zu Cuno zu stellen versuche, während das Gegenteil richtig sei. Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei habe sich einmütig hinter den angegriffenen Führer und die Politik der Reichstagsfraktion gestellt und ebenso rückhaltslos und einmütig das Vorgehen der Reichsregierung gebilligt. Erfreulich sei es, daß auch die übrigen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, gleichfalls das Vorgehen der Regierung stützen werden, wenn auch nicht verschwiegen werden dürfe, daß innerhalb der Sozialdemokratie heute schon wieder, wohl unter dem Einfluß radikaler Kreise, Kräfte am Werke seien, die Stoßkraft der großen Einheitsfront zu schwächen. An die mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine lebhafte Aus-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

sprache und als deren Ergebnis wurde folgende Entschließung angenommen: Der am 5. Mai in Stuttgart versammelte Landesausschuß der Deutschen Volkspartei Württembergs spricht der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei und ihrem Vorsitzenden Dr. Stresemann die einmütige Zustimmung zu der von ihm vertretenen Politik der **tatkräftigen Unterstützung des Kabinetts Cuno** aus und dankt zugleich dem Parteivorsitzenden für seine klare, weitblickende und zielbewußte Führung der Partei. Der Landesausschuß drückt gleichzeitig der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei Württembergs sein volles Vertrauen und der Landesleitung der Partei Dank und Anerkennung für die umsichtige und erfolgreiche Führung der Partei in Württemberg aus. Mit einem Aufruf zur politischen Mitarbeit schloß der Vorsitzende die anregende, aus allen Teilen des Landes sehr zahlreich besuchte Tagung.

*

Stammheim b. Calw, 7. Mai. Schwer wurde heute abend die hiesige Kinderrettungsanstalt heimgesucht. Gegen 7 Uhr brach aus zunächst noch unbekannter Ursache in dem westlichen Dachstock ein Brand aus; die Gefahr für das ganze Anstaltsgebäude war sehr groß. Beherzte Männer traten dem wütenden Element entgegen, wobei der Haushydrant unschätzbare Dienste leistete. Rasch war auch die Ortsfeuerwehr zur Stelle und nun konnte man das Feuer auf den Herd beschränken, so daß nur eben der Dachstock des westlichen Anstaltsflügels dem Feuer zum Opfer fiel. Die zur Hilfe erschienene Calwer Motorspritze konnte bald wieder zurückkehren. Leider waren in dem abgebrannten Bühnenraum bei der argen Beschränktheit in der Anstalt viele wertvolle Dinge aufgestapelt, ein Teil des für den Neubau angekauften Mobiliars, alles Fensterglas für den großen im Rohbau fertigen Anstaltsneubau, das bis auf klägliche Reste vernichtet wurde. Mehrere Millionen Schaden ist allein durch diesen Verlust entstanden und wer will den ganzen Verlust unter den heutigen Verhältnissen überschlagen. — Besser als diese Frage stellen wir die andere: Wer will dem schwer geschädigten Waisenhaus in Stammheim in seiner großen Not helfen?

(SCB) **Stuttgart**, 7. Mai. Wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat Reichskanzler Dr. Cuno am Montag nachmittag nach kurzem Aufenthalt Freudenstadt wieder verlassen. Er wurde auf dem Stuttgarter Bahnhof vom Staatspräsidenten Dr. von Hieber empfangen und ist nach stark einstündigem Aufenthalt nach Berlin zurückgekehrt.

(SCB) **Untertürkheim**, 7. Mai. Bei dem gestrigen Motorradrennen „Rund um Stuttgart" wurde der Motorradhändler Alfred Köstle beim Ortsausgang von Neckarhausen angefahren, vom Rad geworfen und erlitt dabei einen Schädelbruch, an dessen Folgen er heute vormittag gestorben ist. Er hinterläßt Frau und zwei Kinder.

(SCB) **Heidenheim**, 7. Mai. In einem Geschäft der Felsenstraße wurde nachts eingebrochen. Die Diebe schraubten am Fenster das Gitter los und gelangten so in die Geschäftsräume, wo sie 26 Herrenanzüge und Stoffe im Wert von etwa 10 Millionen Mk. stahlen.

(SCB) **Crailsheim**, 7. Mai. Dem Gast- und Landwirt Georg Scheu wurde ein schönes Pferd schweren Schlags aus dem Stall herausgestohlen.

(SCB) **Friedrichshafen**, 7. Mai. Hier tagte gestern der 12. ordentliche Verbandstag (20. Landesversammlung) württ. Konsumvereine. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Feuerstein erstattete den Geschäftsbericht. Württemberg hat 180 Vereine mit 200 000 Mitgliedern bei ganz beträchtlicher Umsatzsteigerung. Die Geschäftsanteile stiegen von 12 Millionen Mk. im Jahre 1921 auf 28 Mill. mit 47,5 Mill. Rabatterübrigung im Jahre 1922. Der Referent wandte sich auch scharf gegen die Kommunisten. Von kommunistischer Seite gestellte Anträge wurden abgelehnt. Als Ort der nächstjährigen Verbandstagung wurde Heilbronn bestimmt.

(SCB) **Vom Bodensee**, 7. Mai. Ein japanischer Arzt, der über Gottmadingen nach Zürich reisen wollte, versuchte, auf dem Rücken an die Hosenträger befestigt, einen wertvollen photographischen Apparat über die Grenze zu schmuggeln. Der Apparat wurde ihm abgenommen und ihm außerdem eine Geldstrafe von 1 050 000 *M* zudiktiert.

Die polnische Ausrottungspolitik in den abgetretenen Ostgebieten.

Zu einem deutschen Volksabend hatte die Ortsgruppe Calw des Vereins für das Deutschtum im Ausland eingeladen, und dafür die Unterstützung sämtlicher politischen Parteien erhalten. Leider aber war die Veranstaltung von einem ungünstigen Schicksal betroffen, denn erstens zog das herrliche Maiwetter Jung und Alt ins Freie, zweitens kam der Vortragsabend gerade zwischen zwei andere Veranstaltungen und drittens hatten große Vereine (Turnverein, Militärverein und Kirchengesangverein) Ausflüge auf diesen Tag festgesetzt. Daraus dürfte der geringe Besuch des Abends zu erklären sein, bedauernswert um so mehr, als wir uns nicht erinnern können, seit Jahren einen Redner in Calw gehört zu haben, der auf Grund eigener Erlebnisse so ergreifend die furchtbaren Leiden unserer deutschen Volksgenossen in den abgezwungenen Grenzgebieten des Ostens zu schildern wußte, gleichzeitig aber auch dem deutschen Volke die Pflicht nahezulegen, unsere im schwersten Kampfe um ihr Volkstum stehenden Brüder jenseits der erzwungenen Grenzen ideell und materiell nach Möglichkeit zu unterstützen. Der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe, Oberamtsarzt Betz, begrüßte die Erschienenen, unter denen sich die Vorstände bzw. Vorstandsmitglieder sämtlicher Parteien befanden, ebenso Vertreter der hiesigen Schulen, und wies in kurzen Worten darauf hin, wie selbst nach dem Riesenraub, den unsere Feinde an deutschem Lande und Eigentum verübt haben, noch weiter ihr Haß um die deutsche Erde züngle. Wie an Rhein und Ruhr, so müsse auch im Osten das deutsche Volk um sein Volkstum kämpfen. Trotz der wenigen Rechte, die uns der Versailler „Vertrag" gelassen habe, habe man das gesamte deutsche Schulwesen zertrümmert, die Lehrer entlassen. Es tue not, unsere Brüder im abgetretenen Ostgebiet so viel als möglich zu unterstützen. Hierauf nahm der Referent, Studiendirektor Treut-Bromberg, der bekannte Organisator des deutschen Schulwesens in der früheren Ostmark, das Wort. Er führte ungefähr folgendes aus: Nahezu 25 Millionen deutscher Volksgenossen leben in der Welt zerstreut. Die frühere deutsche Regierung, die doch eine starke Macht hinter sich gehabt habe, habe für das Auslandsdeutschtum nichts übrig gehabt. Ueber unsere Vertretungen im Auslande hätten die Auslandsdeutschen nur eine einzige Klage gehabt, daß die berufenen Beamten des kaiserlichen Deutschland sich wenig oder gar nicht um unsere Volksgenossen angenommen hätten. Wie wolle man sich dann wundern, daß breitesten Volksschichten im Innern der Gedanke ans Volkstum nicht geläufig sei. In den Schulen habe man sehr viel von römischer und griechischer Geschichte gehört, aber über die Siedlungen und Wandlungen unserer deutschen Volksgenossen im Ausland fast gar nichts. Nun sei zu dem alten Auslandsdeutschtum ein neues getreten. Der Versailler Vertrag habe von unserm Volkstum lebendige Gliedmaßen gewaltsam abgetrennt, unter der Spitzmarke „Selbstbestimmung der Völker" seien neue Staaten geschaffen worden, denen deutsches Land zugewiesen wurde, sodaß Millionen deutscher Menschen aus dem Vaterland scheiden mußten. Jetzt werde wohl auch dem letzten Deutschen ein Einblick in das großangelegte französische Vernichtungssystem gegeben, das im Westen wie im Osten und Süden deutsches Gebiet abreißt, um seine Bewohner raschestens wirtschaftlich und sprachlich in das fremde Staatswesen einzuzwingen, und damit auch politisch und kulturell des deutschen Volkstums zu berauben. Der Ausspruch Clémenceau's, der für den Versailler Vertrag verantwortlich sei, es seien 20 Millionen Deutsche zuviel in Europa, solle verwirklicht werden. Und dazu komme noch, daß nahezu 18 Millionen deutscher Volksgenossen in den Nachfolgestaaten dem Ausrottungskampf ausgesetzt seien, und daß man 6 Millionen (Oestreich) den Anschluß an das Vaterland verbiete. Die Behandlung der Deutschen in Polen biete ein besonderes Beispiel von der Haßpolitik, wie sie heute gegen uns geführt werde. Das Martyrium, von dem nur selten Kunde zu uns komme, sei furchtbar. Von den Kämpfen, die die Oberschlesier unter den Bajonetten der Franzosen für ihr Volkstum durchführen mußten, von den Greueltaten, die die Polen dabei ungestraft, mit geheimer Unterstützung der Franzosen verüben durften, habe das deutsche Volk manches gehört, von den furchtbaren Leiden unserer Volksgenossen in den Provinzen Posen und Westpreußen, die nach dem 13. der 14 Punkte Wilsons uns entrissen wurden, stehe wenig in den Zeitungen. Nach diesem Punkte sollten aber nur die unzweifelhaft polnisch besiedelten Teile an Polen fallen, das wären in Posen nur die östlich gelegenen Teile gewesen. Der starke polnische Prozentsatz in Oberschlesien sei nur durch die eigennützige Arbeiterpolitik der dortigen Industrie entstanden. In Posen und Westpreußen sind 2 Millionen Deutsche neben 1,9 Millionen Polen den fremden Staaten zugewiesen worden. Auch in Oberschlesien sei trotz der polnischen Arbeiter der Sieg auf deutscher Seite gewesen. Das sei das östliche Stück des französischen Vernichtungssystems. In Posen und Westpreußen sei unsere Korn-, Kartoffel- und Zuckerkammer gewesen. Durch gesunde Teilung des Großgrundbesitzes hätten wir es ermöglichen können, die Lebensmittel für unser Volk aufzubringen bei entsprechender Intensivierung unserer Landwirtschaft. Frankreich sei nach der großen Revolution nur deshalb wieder hochgekommen, weil es sein Volk ernähren konnte, und Rußland werde deshalb auch wieder hochkommen. Wir aber sollen uns nicht selbst ernähren können. Das seien die Feinheiten des feindlichen Vernichtungssystems. Das deutsche Element solle ausgerottet, jeder bevölkerungspolitische Anspruch Deutschlands solle ausgeschaltet werden. Von dem Deutschenhaß in den Erwerberstaaten im Osten hätten wir keine Ahnung. Vom ersten Tag an sei man gegen alle wirtschaftlichen Positionen der deutschen Wirtschaft vorgegangen. Ebenso auf dem flachen Lande, um den Deutschen den Grundbesitz aus der Hand zu winden. Ohne Rücksicht darauf, ob es dem polnischen Volke zugute komme oder nicht, seien die Bestrebungen durchgeführt worden, die Deutschen aus ihrem Eigentum zu werfen. Wie die Franzosen weder an Reparationen noch an wirtschaftlichen Wiederaufbau denken, sondern nur an Saturierung ihrer nationalen Interessen in den geraubten Gebieten, so auch die Polen. In Polen gebe es Ueberfluß an anbaufähigem Ackerboden; aber man müsse deutschen Ackerboden in Westpreußen und Posen haben. Ohne jedes Recht werde den deutschen Besitzern durch eine Verordnung mitgeteilt, sie hätten ihr Gut innerhalb einer bestimmten Frist zu verkaufen, andernfalls werde es liquidiert. Ziehe der Deutsche nicht aus, dann werden ihm die Möbel auf den Hof gesetzt, und wenn er etwas zu essen wolle, müsse er sich von seiner eigenen Ernte etwas kaufen. Für Polen gäbe es kein Minderheitenrecht. Und so sitzen in den östlichen Gebieten Deutschlands jetzt Hunderttausende ostmärkischer Flüchtlinge, die ihres Besitzes beraubt, aus dem Lande vertrieben worden seien. Diese Politik den Deutschen gegenüber sei in allen östlichen Staaten üblich, in Esthland, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Rumänien. In den Städten werde nach demselben Rezept verfahren. Das deutsche Beamtentum in Staat und Kommune sei ausgekehrt worden, nachdem die Polen sich eingearbeitet hatten. Die Forderungen der deutschen Arbeiterorganisationen würden von den polnischen Arbeiterorganisationen nicht unterstützt, die Arbeiterführer ausgewiesen. Die polnischen Sozialisten sagten, sie könnten gegen die Volksstimmung nichts machen. Auf Antrag der polnischen Arbeiter sollten deutsche Arbeiter aus einem Werk hinausgeworfen werden, nur die gelernten (qualifizierten) Arbeiter habe man behalten wollen. Da hätten sich diese aber mit den anderen solidarisch erklärt. Gegen die deutsche Wirtschaft sei man so vorgegangen, daß man erklärt habe, die deutsche Mark gelte nur soviel wie die polnische Mark, und dann hätten polnische Händler alles aufgekauft, weil die deutschen Geschäftsleute hier und dort eben Angst um Eigentum und Leben zur Aufgabe ihrer Position veranlaßt hätte. Durch diese Massenverkäufe seien Hunderttausende deutscher Volksgenossen hinausgetrieben worden, unter dem Druck einer allgemeinen Rechtsunsicherheit. Denn nicht nur Eigentum und Besitz, sondern auch die Freiheit der Person sei in den abgetretenen Gebieten gefährdet. Wie Frankreich im Rheinland und Ruhrgebiet die Pressefreiheit erstickt, so die Polen in den Ostgebieten. Von ehemals 52 deutschen Zeitungen seien heute keine 6 mehr vorhanden. Die Zeitungen stehen unter Vorzensur und würden in schikanöser Weise behandelt, sodaß sie wirtschaftlich kaum existenzfähig bleiben. Aus den städtischen Vertretungen habe man durch eine Sprachenklausel die deutschen Bürger herauszuwerfen gesucht. Dasselbe habe man durch die Wahlkreiseinteilung für den polnischen Reichstag versucht. Auch gegen die deutsche Kirche katholischer oder evangelischer Konfession werde aufs schärfste gekämpft, am schlimmsten mache man es aber der katholischen Kirche. Beide Kirchen seien aufs äußerste gefährdet. Die deutsche Schule sei ganz gestürzt worden und zwar in allen Erwerberstaaten. Besonders die Volksschulen seien direkt ausgeraubt worden. Und der Erfolg all dieser Gewaltmaßnahmen sei die Abwanderung von 900 000 Deutschen. Aber die deutsche Bevölkerung, die heute noch dort sei, sei heimattreu geblieben, sie sei im Kampf geläutert und gehärtet worden. Sie habe den Kampf auf allen Lebensgebieten aufgenommen, gewaltige Organisationen auf wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiete seien geschaffen worden, die deutsche Volksbank in Bromberg, die nach nationalen Gesichtspunkten arbeite, werde von keiner polnischen Bank übertroffen. Auch der vom Redner selbst ins Leben gerufene Schulverein, dem über 100 einzelne Schulvereine angehören, habe schon Leistungen zum besten der deutschen Jugend vollbracht, die die Aussicht bieten, daß den Polen das Ausrottungsziel nicht gelinge. Auch die politische Gründung des Deutschtumsbunds zur Wahrung der Minderheitenrechte, der 17 Abgeordnete in den polnischen Reichstag geschickt habe, habe schon große Erfolge. Die aus Juden, Ruthenen, Litauern, Russen, Weißrussen und Deutschen zusammengesetzten Minderheiten, die 40—45 Prozent des polnischen Staates ausmachen, gehen geschlossen vor. Der Minderheitenblock besitze 87 Abgeordnete im Reichstag. So könne man trotz allem sagen, **die Ostgebiete sind keine verlorenen Gebiete für Deutschland.** Man müsse darauf hinarbeiten, daß eine Revision des Versailler „Vertrags" nach dem wirklichen Selbstbestimmungsrecht erreicht werde. Keine Erdengewalt werde die deutschen Volksgenossen in diesen Gebieten davon abhalten können, bis zu diesem Zeitpunkt ihr Volkstum zu bewahren. Die fremden Staaten aber rechnen damit, daß wir die Volksgenossen in dem schweren Kulturkampf nicht mehr unterstützen, diese Hoffnung müsse ihnen genommen werden. Zwar lehnen die deutschen Organisationen im Osten die Propaganda gewaltsamer Erfüllung ihrer Rechtsansprüche ab, aber sie erheben Anspruch, nach wie vor Glieder des deutschen Volkstums zu bleiben. Nicht wilde Reden und nationalistische Phrasen würden hier helfen, im Gegenteil, damit tue man den Polen und Tschechen wie den Franzosen nur einen großen Gefallen. Die deutsche Reichsregierung habe den Volksgenossen versprochen, sie nicht zu vergessen, und daran halten sie sich. Aber es sei nötig, den Brüdern draußen Treue mit Treue zu vergelten, und zwar nicht nur mit Worten, sondern mit der Tat. Der Redner schloß seine mit minutenlangen Beifallskundgebungen begleiteten Ausführungen mit dem Appell, der in den nächsten Tagen einsammelnden Jugend eine recht ausgiebige Spende zu geben. Es ist zu hoffen, daß der Aufruf ein williges Ohr in unserer Einwohnerschaft findet, denn es gilt unsern Kämpfern im Osten ein Zeichen unserer Unterstützung zu geben.

Mit herzlichen Worten dankte Studiendirektor Dr. Knodel dem Redner. Gemeinderat May wies darauf hin, daß Stadt und Bezirk Calw, ebenso wie das Stadtschultheißenamt und Oberamt Calw sowohl bei der Oberschlesierspende wie durch die Aufnahme oberschlesischer Kinder schon schöne Beweise ihrer Opferfreudigkeit gegeben hätten. Er unterstrich die Ausführungen des Redners über den polnischen Terror auf Grund eigener Kenntnis der Dinge und gab seinerseits der Hoffnung Ausdruck, die deutschen Ostgebiete möchten bald wieder dem deutschen Vaterland angegliedert werden. Mit würdigen, ermunternden Schlußworten beendete sodann der Vorsitzende die Veranstaltung. Umrahmt war der Abend von schönen Liedervorträgen von Fräulein Leonhardt-Hirsau unter feinsinniger Klavierbegleitung von Amtmann Bögel.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar stand gestern auf 37 443 *M*, der Schweizer Franken auf 6771 *M*.

Der Textilmarkt.

Das deutsche Textilgewerbe steht im Zeichen weitgehender Unsicherheit, wenn auch nach vorübergehender Zurückhaltung jetzt wieder eine lebhaftere Kauftätigkeit eingesetzt hat. Die ständigen Kursschwankungen bildeten eine starke Behinderung des Geschäftes. Die Tendenz des Marktes ist aber jetzt fester geworden. Preisherabsetzungen wurden nur in geringem Umfange vorgenommen. Mit einer wesentlichen Belebung des Geschäfts kann aber bei der anhaltenden Ungewißheit vorläufig nicht gerechnet werden. Ein großer Teil der Fabriken arbeitet mit verkürzter Zeit, nur wenige Fabriken sind voll beschäftigt. Am wenigsten hat gelitten die Wirk- und Strickwarenindustrie, sowie die Konfektion. Der Preisstand hat sich in der letzten Zeit wieder erhöht.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Stand der Saaten zu Anfang Mai.

Nach einer Mitteilung des Württ. Stat. Landesamts waren beim Stand der Saaten in Württemberg zu Anfang des Monats Mai folgende Landesdurchschnittsnoten: (1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering, 5 = sehr gering). Winterweizen 2,7 (im Vormonat 2,9), Winterdinkel 2,7 (2,9), Winterroggen 3,1 (3,0), Wintergerste 2,7 (2,9), Klee 2,9, Luzerne 2,6, Be-(Ent-)wässerungswiesen 2,5, andere Wiesen 2,5. — Die Wintersaaten haben sich im allgemeinen befriedigend weiterentwickelt, wie auch in der gegen den Vormonat etwas besseren Note in Winterweizen, Winterdinkel, Wintergerste zum Ausdruck kommt; immerhin haben die kalten Nächte und in den höheren Lagen die Schneefälle um Aprilmitte hemmend auf die Entwicklung eingewirkt. Der Winterroggen zeigt mancherorts neuerdings einen auffallenden Stillstand im Wachstum. Wegen Winterschäden mußten verhältnismäßig nur wenige Wintersaaten umgepflügt werden; es wurden im ganzen Land von der gesamten Anbaufläche in Winterweizen 1,7 Prozent, Winterdinkel 0,8 Prozent, Winterroggen 5,9 Prz., Wintergerste 0,2 Prz. umgepflügt werden. Die Bestellung der Felder mit Sommergetreide ist überall beendet und die frühen Saaten sind bereits aufgelaufen; mancherorts hat die Bestellung darunter gelitten, daß die Felder wegen nicht genügenden Ausfrierens im Winter sehr schwer zu bebauen waren. Infolge der überreichen Niederschläge um Mitte April sind mitunter die Böden sehr verkrustet, wodurch das Auflaufen der Saaten behindert und verzögert wird. Nicht selten macht sich in den Getreidefeldern schon jetzt starke Verunkrautung, im Sommergetreide auch Auftreten der Fritfliege, bemerkbar. Das Legen der Kartoffeln ist überall ziemlich weit vorangeschritten, teilweise bereits beendet. Wiesen und Kleefelder haben im allgemeinen schön angesetzt. Doch steht der Klee mitunter etwas lückenhaft; auch zeigt sich in manchen Kleebeständen der Kleekrebs. Luzerne scheint durch die Nässe im vorigen Herbst und Winter etwas gelitten zu haben. Wegen Winterschäden wurden im ganzen Land von der Anbaufläche in Klee 1,0 Prozent, in Luzerne 0,6 Proz. umgepflügt. Da und dort wird bereits Grünfutter geholt. Die Berichte über den Stand der Weinberge lauten nicht ungünstig; der Rebenschnitt ist beendet und die Reben treiben bereits aus. Die Blüte des Frühobstes ist gut verlaufen und scheint durch die Frostnächte nur mäßig gelitten zu haben. Die Blüte des Spätobstes hat in den milderen Gegenden bereits begonnen und wird durch die gegenwärtige schöne Witterung sehr begünstigt.

Tierseuchenstand in Württemberg.

Nach einer Zusammenstellung des Württ. Stat. Landesamts herrscht nach dem Stand vom 30. April die Maul- und Klauenseuche in insgesamt 7 Oberämtern. Sie verteilt sich auf 12 Gemeinden und 15 Gehöfte (am 15. April: 17 und 31). Neu hinzugekommen sind 3 Gemeinden 4 Gehöfte. Die Schafräude ist in 17 Oberämtern, 26 Gemeinden, 48 Gehöften, die Pferderäude in 5 Oberämtern, 3 Gemeinden, 3 Gehöften verbreitet. Die Kopfkrankheit der Pferde trat in 10 Oberämtern, 15 Gemeinden, 15 Gehöften und die ansteckende Blutarmut der Pferde in 10 Oberämtern mit 15 Gemeinden und 16 Gehöften auf. Außerdem ist Bläschenausschlag des Rindviehs in 13 Oberämtern, 15 Gemeinden, 41 Gehöften, Milzbrand in 4 Oberämtern, 5 Gemeinden, 5 Gehöften, Rauschbrand in 1 Gehöft des OA. Gaildorf und Schweineseuche und Schweinepest in 2 Gehöften einer Gemeinde des Oberamts Neuenbürg festgestellt worden.

Landesproduktenbörse.

(SCB) **Stuttgart**, 7. Mai. Infolge der politischen Vorgänge und der Devisensteigerung trat Mitte voriger Woche am Getreidemarkt eine wesentliche Befestigung ein, die eine größere Preissteigerung hervorrief. Die Devisen sind inzwischen zwar etwas zurückgegangen, doch bleibt die Stimmung fest. Es notierten je 100 Kilo ab württ. Stationen in Tausenden von Mark: Neuer Weizen 145—155 (am 30. April: 125—130), neue Sommergerste 95—110 (80—90), Hafer 85—104 (65—80), Weizenmehl 235—245 (210—220), Brotmehl 210—220 (185—195), Kleie 55 bis 60 (48—50), Heu 38—40 (unv.), Stroh 38—40 (37—39).

Märkte.

(SCB) **Balingen**, 7. Mai. Dem Schweinemarkt waren 17 Milchschweine zugeführt. Der Preis für 1 Stück betrug 210—250 000 M. Verkauft wurde alles.

(SCB) **Hall**, 7. Mai. (Schweinemarkt.) Zufuhr am Samstag 682 Milchschweine, die alle verkauft wurden zum Preis von 150—220 000 M pro Stück.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtgemeinde Calw.

Die vom Gemeinderat am 22. April beschlossene

Aenderung der Besoldungssatzung

wurde von der Kreisregierung genehmigt. Näheres ist am Rathaus angeschlagen.

Calw, den 7. Mai 1923.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Die

Württembg. Landessparkasse

nimmt von jedermann und in jedem Betrage auch

Einlagen

auf mehrere Monate fest entgegen und verzinst solche bis 20 %. Näheres bei der Zweigstelle.

Mäckle, Calw.

Heute Abend 1/2 7 Uhr findet auf dem Brühl eine große praktische

Feuerlösch-Vorführung

statt mit dem neuzeitlichen Trocken-Schnellfeuerlöschapparat

„Hellio"

Hiezu werden Interessenten höfl. eingeladen.

Sommerjoppen

Zwirnhosen Lederhosen
Sommerlodenjoppen
Sporthosen Stutzen
Blaue Arbeitsanzüge
Blaue Hosen und Kittel
Einsatzhemden Trikothemden
Unterhosen
Hosenträger Socken

Paul Räuchle
am Markt Calw.

ff. Bauernlobsensen, Kümpfe, Sensenringe und Wetzsteine

empfiehlt

J. Henkelmann.

Das Calwer Tagblatt

vertritt die Interessen des Bezirks und damit auch die Ihrigen.

Calw, den 7. Mai 1923.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode unseres lieben Vaters, Neffen, Schwagers und Onkels

Friedrich Schüz, Bergrat a. D.

sagen wir unsern herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir für die liebevollen Worte des Herrn Dekan, sowie für den letzten Freundschaftsdienst der Herren Ehrenträger.

Im Namen der Hinterbliebenen
Dr. Ing. Emil Schüz.

Sommerkleiderstoffe

kaufen Sie günstig bei

Paul Räuchle, am Markt, Calw

Zu alten Preisen

solange Vorrat reicht:

Schrot- und Backmehlmühlen, Kreissägen, Ulmer Pflüge, Jauchepumpen, Sensen, Zentrifugen, Rübemühlen, Futterschneidmaschinen sowie Ersatzteile.

Seit 1. Mai befindet sich **mein Lager** bei Herrn **Bildhauer Staud.**

Besucher der **Landw. Maschinen-Ausstellung in Stuttgart** vom 16. bis 21. Mai, verweise ich auf

Stand Nr. 68

und bitte um Besichtigung.

Hermann Dill, Calw
Laden Obere Marktstr. 23.

Lasset kein Geld unnütz

zu Hause liegen. Je nach Höhe und Art der Anlage zahlen wir 6 bis 12 % Zins.

Spar- & Vorschußbank Calw.

Concordia Calw.

Heute abend fällt die Singstunde aus.

Der Vorstand

Dachshund

rotbraun, zugelaufen. gegen Inser.- und Futtergeld abzuholen

Teuchelweg 617.

Guterhaltener

Kinderwagen

ist zu verkaufen

Nonnengasse 146.

Unterzeichneter verkauft im Auftrag ein vollständiges

älteres Bett.

Ernst Widmaier, Markt.

Gartenschlauch

guterhalten, mit Verschraubung u. Strahlrohr, ca. 20 m (auch Teilstücke)

zu kaufen gesucht.

Angebote unter H. C. 106 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Calw, den 7. Mai 1923.

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme, welche wir beim Hinscheiden unseres geliebten Gatten und Vaters

Friedrich Schneider

Zugführer a. D.

erfahren durften, insbesondere für die vielen Blumenspenden und überaus zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, den Herren Ehrenträgern für den letzten Liebesdienst und für die tröstenden Worte des Herrn Stadtpfarrers, sowie für die letzte Ehre vom Gesangverein Concordia und dem ev. Kirchengesangverein wie auch für die ehrenden Nachrufe und Kranzniederlegungen sagen wir auf diesem Wege herzlichen Dank.

Familie Schneider.

Baumwollene

Sommerstrümpfe

in schwarz, weiß und farbig.
— Florstrümpfe —
Paul Räuchle, am Markt, Calw

Haarspangen

repariert
J. Odermatt, Friseurgeschäft.

Ia Weizenmehl 0, Futtermehl, Mais, Kleie

hält empfohlen
Fr. Nonnenmacher.

Möbel-Verkauf

wegen Wegzug.
Eine
Schlafzimmereinrichtung mit Spiegel und Marmor,
1 Vertiko m. Spiegelaufsatz
eichene u. polierte Eßtische,
eichene und polierte Arbeitstischchen,
Küchentisch und Hocker,
einzelne Bettstellen,
Ziertischchen in eichen,
verschiedene
Schrotflinten,
1 Büchsflinte.

Näheres auf der Geschäftsstelle ds. Bl.

Spinnrad

gegen Eier zu tauschen gesucht. Marktplatz 45 II.

Einen gebrauchten neu aufgerichteten

Herd

Größe 85×62 cm verkauft billig
L. Kuhn, Schlosserei, Metzgergasse.

Gebrauchte

Fenster und Türen

zu verkaufen.
Stanger
Ob. Marktstr. 23.

2 neue

Wollmatratzen

preiswert zu verkaufen. Wer, sagt die Gesch.-St. ds. Bts.

Ehrliches fleißiges

Mädchen

auf 15. Mai oder 1. Juni **gesucht.**
Frau Anna Diehl, Pforzheim, Ebersteinstraße 19.

Rasch berichtet das „Calwer Tagblatt" über alle wissenswerten Vorkommnisse!